

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Gemeindevertretung
am Freitag, dem 05.03.2021 im Saal der Saalburghalle Obernhain

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr Sitzungsende: 21:35 Uhr

Gemeindevertretung:

Hammen, Frank, Vorsitzender der Gemeindevertretung

Bachmann, Wolfgang, Mitglied

Brötz, Thomas, Mitglied

Emmerich, Timo, Mitglied

Engeland, Ingo, Mitglied

Etzel, Werner, Mitglied

Fuß, Patrick, Mitglied

Hartmann, Norbert, Mitglied

Herbach, Nicole, Mitglied

Isemann, Ralph, Mitglied

Kaspar, Tanja, Mitglied

Keller, Manuel, Mitglied

Kruchten, Marie-Magdalene, Mitglied

Dr. Kunz, Torsten, Mitglied

Leist, Kuno, Mitglied

Matyschik, Oliver, Mitglied

Mony, Heidrun, Mitglied

Mony, Kerstin, Mitglied

Dr. Müller, Teja, Mitglied

Ohl, Gabriele, Mitglied

Pfäfflin, Andrea, Mitglied

Rosner, Britta, Mitglied

Schumann, Klaus, Mitglied

Schweizer, Hanns-Joachim, Mitglied

Dr. Sen-Gupta, Mark, Mitglied

Siegemund, Wolfgang, Mitglied

Sitzmann, Dirk, Mitglied abwesend

Sommer, Christian, Mitglied

Sommer, Sebastian, Mitglied

Stier, Volker, Mitglied

Wied, Gitta, Mitglied

Ortsvorsteher:

Baum, Ernst, Ortsvorsteher

Velte, Stefan, Ortsvorsteher

Gemeindevorstand:

Sommer, Gregor, Bürgermeister

Odenweller, Susanne, Erste Beigeordnete

Gräfe, Ursula, Beigeordnete

Kühne, Daniel, Beigeordneter

Rochlus, Hans, Beigeordneter

Steffen-Jesse, Hans-Joachim, Beigeordneter, abwesend

Stenger, Harald, Beigeordneter

Terlitzki, Gerhard, Beigeordneter, abwesend

Dr. Winkelhaus, Sybille, Beigeordnete

Schriftführer:

Minet, Volker

Als Gäste waren anwesend: ca. 5

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung vom 19.02.2021 unter Mitteilung der Tagesordnung auf Freitag, den 05.03.2021, 20:00 Uhr, in die Mehrzweckhalle Obernhain einberufen.

Tag, Ort und Stunde sowie Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Nach der Zahl der erschienenen Mitglieder war die Gemeindevertretung beschlussfähig.

In der Einladung wurde darauf hingewiesen, dass die Sitzung während der Corona-Pandemie stattfindet und in diesem Zusammenhang die Hygienebestimmungen und Abstandsregelungen einzuhalten sind.

Tagesordnung:

1 Beschlussfassung über evtl. Einsprüche gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 18.12.2020

Gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 18.12.2020 werden keine Einwände erhoben. Sie wird ohne Abstimmung wie vorgelegt gebilligt.

2 Benennung von zwei Unterzeichnern des Protokolls der heutigen Sitzung der Gemeindevertretung

GV Matyschik und GV Schweizer werden vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung zu Unterzeichnern der heutigen Sitzungsniederschrift benannt.

3 Mitteilungen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung

Vorsitzender Hammen teilt mit, dass der gewählte Bewerber Herr Marcell Weidmann, Obergasse 7, 61273 Wehrheim, sein Mandat im Ortsbeirat Friedrichsthal niedergelegt hat. Da der Wahlvorschlag der Partei „Die Republikaner“ (REP) erschöpft sei, bleibt der Sitz im Ortsbeirat Friedrichsthal unbesetzt. Somit habe sich der Ortsbeirat Friedrichsthal, da er nun weniger als drei Mitglieder habe, gemäß der Hessischen Gemeindeordnung aufgelöst.

4 Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Die Mitteilungen des Gemeindevorstandes liegen den Mitgliedern der Gemeindevertretung schriftlich in elektronischer Form vor und werden aufgrund der Corona-Pandemie nicht vorgetragen.

4.1 Liquiditätsbericht zum 31.12.2020

Bürgermeister Sommer verweist auf § 28, Gemeindehaushaltsverordnung und bittet um Kenntnisnahme zur Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzuges.

Beratungsergebnis: ----

4.2 Quartalsbericht zum 31.12.2020

Bürgermeister Sommer bittet um Kenntnisnahme des Quartalsberichtes zum 31.12.2020 inkl. Finanzstatusbericht.

Beratungsergebnis: ---

4.3 Entwurf Haushaltsplan 2021 hier: Veränderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfes

Die Veränderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfes 2021 werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: ---

5 Mitteilungen aus den Ausschüssen, Kommissionen und Verbänden

Vorsitzender Hammen informiert, dass die Mitteilungen aus den Ausschüssen, Kommissionen und Verbänden, wie bereits in der vergangenen Sitzung, nicht vorgetragen werden können. Die Ausschussvorsitzenden werden gebeten, die Mitteilungen in schriftlicher Form bei der Gemeindeverwaltung einzureichen, so dass diese ins parlamentarische Informationssystem hochgeladen werden können.

6 Anfragen

Vorsitzender Hammen bittet auch hier um Verständnis, dass die Anfragen und die dazu formulierten Antworten nicht vorgetragen werden. Anfragen und Antworten können im parlamentarischen Informationssystem gelesen werden.

7 Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Errichtung Mobilfunkantennen nach dem 5G-Standard

GV Dr. Müller verliest vorliegenden Beschlussantrag zur Thematik zur Errichtung von Mobilfunkantennen nach dem 5 G Standard. Vorliegender Antrag sei insbesondere für die Wettbewerbsfähigkeit der Wehrheimer Unternehmen von großer Bedeutung.

Stellungnahme der Fraktionen:

Die Fraktion Bds90/Die Grünen, so GV Dr. Kunz, werde sich zu diesem Antrag enthalten, da man es auf der einen Seite für wichtig halte, für eine leistungsfähige digitale Infrastruktur zu sorgen, andererseits dies jedoch eine Angelegenheit und Aufgabe des laufenden Verwaltungsgeschäftes darstelle.

GV Leist, SPD, bittet darum, dass die Funkmasten nicht Tag und Nacht mit Dieselmotoren zur Sicherstellung der Stromversorgung betrieben werden. Darüber hinaus verweist er auf einen Bericht aus der Regionalversammlung, die für die Monopolregion Frankfurt Rhein/Main eine Gesellschaft gegründet hat, der die gesamten Landkreise angehören. Hier gehe es darum, die digitale Infrastruktur der gesamten Region als Sondermodell mit EU-Fördermitteln voranzubringen. Die Fraktion der SPD, so GV Leist, stimme vorliegendem Antrag zu.

Abstimmung:

Der Gemeindevorstand wird mit 25 Fürstimmen bei 5 Stimmenthaltungen von der Gemeindevertretung beauftragt, mit den 5G-Mobilfunkbetreibern Kontakt aufzunehmen und im Rahmen seiner Möglichkeiten auf deren Planung einzuwirken, die Errichtung einer oder mehrerer Mobilfunkantennen nach dem 5G-Standard zu unterstützen.

Beratungsergebnis: 25 Fürstimmen, 5 Stimmenthaltungen

8 Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Betreuungsbeiträge und Kosten der Mittagsversorgung bei Nichtnutzung der Betreuungseinrichtungen

Bürgermeister Sommer informiert, dass die zur Abstimmung vorliegende Beschlussvorlage mehrmals an die sich ständig ändernden Rahmenbedingungen angepasst werden musste. Der Gemeindevorstand sei erleichtert, den Eltern vorliegende Regelung vorschlagen zu können. Diese wurde im Vorfeld mit den Elternbeiräten kommuniziert. Leider werde das Land nur die entfallenen Kita-Beiträge zur Hälfte erstatten. Die entfallenen Beiträge für die Benutzung der Betreuten Grundschule werde die Gemeinde komplett ausgleichen müssen.

Stellungnahme der Ausschüsse:

Für den Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt Ausschussvorsitzender Matyschik die Annahme vorliegender Beschlussvorlage. Die Entscheidung erging einstimmig.

Der Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Kultur, so Ausschussvorsitzende H. Mony, habe vorliegender Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt.

Abstimmung:

Aufgrund der getroffenen Regelungen zur Eindämmung der Verbreitung der Covid-19-Pandemie sowie der Zusage des Landes Hessen zur (anteiligen) Erstattung von Betreuungsbeiträgen im Lockdown wird von der Gemeindevertretung einstimmig beschlossen, in Abweichung der Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme der Tageseinrichtungen für Kinder der Gemeinde Wehrheim vom 07.02.2020 sowie in Abweichung zur Ersetzungssatzung zur Kostenbeitragssatzung für die Schülerbetreuung an der Limeschule vom 22.06.2018, Betreuungsbeiträge sowie die Kosten für die Mittagsversorgung für die Eltern/Erziehungsberechtigten wie folgt zu berechnen:

Kindertagesstätten:

Zeitraum 01.01.2021 bis 31.01.2021

Inanspruchnahme bis zu 5 Betreuungstage = Erstattungsbetrag 75%

Inanspruchnahme bis zu 10 Betreuungstage = Erstattungsbetrag 50 %

Inanspruchnahme bis zu 15 Betreuungstage = Erstattungsbetrag 25 %

Inanspruchnahme ab 16 Betreuungstage = Keine Erstattung

Zeitraum 01.02.2021 bis 28.02.2021

Ab dem 22.02.2021 gilt der Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen („RuP“). Die KW 08/2021 wird pauschal für alle Familien mit 25 % (5 Betreuungstage „RuP“) berechnet, unabhängig davon, ob die Betreuung in Anspruch genommen wurde oder nicht. Die Inanspruchnahme in den KW 05/2021 bis 07/2021 wird anteilig berechnet. „RuP“ + Inanspruchnahme bis zu 5 Betreuungstage (somit bis 10 Betreuungstage

gesamt) = Erstattungsbetrag 50%

„RuP“ + Inanspruchnahme bis zu 10 Betreuungstage (somit bis 15 Betreuungstage

gesamt) = Erstattungsbetrag 25 %

„RuP“ + Inanspruchnahme bis zu 15 Betreuungstage (somit bis 20 Betreuungstage

gesamt) = keine Erstattung

Zeitraum 01.03.2021 bis 31.03.2021

Für die Dauer des „RuP“ mit gekürzten Öffnungszeiten erfolgt eine anteilige Gutschrift der fehlenden Randbetreuungszeiten wie folgt:

Kleinkindplatz u3 – Kita Wiesenau 7:00 – 7:30 Uhr 10,00 € / Monat

Kleinkindplatz u3 – Kita's Apfelzwerge, Am Bügel, Kleine Strolche 7:00 – 7:30 Uhr 9,09 € / Monat

Kleinkindplatz u3 – Kita's Apfelzwerge, Am Bügel, Kleine Strolche, Wiesenau 15:30 – 16:30 Uhr 26,67 € / Monat

Kindergartenplatz ü3 – Kita's Apfelzwerge, Am Bügel, Kleine Strolche, Wiesenau 15:30 – 16:30 Uhr 20,00 € / Monat

Soweit die Betreuungszeiten am Nachmittag nur tageweise gebucht wurden, erfolgt eine anteilige Berechnung analog zu den gebuchten Tagen gem. beigefügter Tabelle.

Ab April 2021 erfolgt die Berechnung wieder regulär.

Schülerbetreuung:

Zeitraum 01.01.2021 bis 31.03.2021 / monatliche Berechnung

Inanspruchnahme bis zu 5 Betreuungstage / Monat = Erstattungsbetrag 75%

Inanspruchnahme bis zu 10 Betreuungstage / Monat = Erstattungsbetrag 50 %

Inanspruchnahme bis zu 15 Betreuungstage / Monat = Erstattungsbetrag 25 %

Inanspruchnahme ab 16 Betreuungstage / Monat = Keine Erstattung

Die Erstattungsbeträge beziehen sich auf die regulär gebuchten Betreuungsmodule des jeweiligen Kindes im jeweiligen Monat.

Diese Ausnahmeregel gilt für die vorgenannten Zeiträume nach den dann gültigen Corona-Kontakt-Beschränkungsverordnungen sowie den Förderzusagen des Landes Hessen zur Erstattung der Betreuungsbeiträge.

Beratungsergebnis: Einstimmig

9 Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2021 nebst Stellenplan, Investitionsprogramm sowie mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2024

Stellungnahme des Gemeindevorstandes

Bürgermeister Sommer verweist für den Gemeindevorstand auf die Beratungen zum Haushaltsplanentwurf 2021 und die beigefügten Änderungen aus den Beratungsfolgen.

Stellungnahme der Ausschüsse:

Für den Haupt- und Finanzausschuss informiert Vorsitzender Matyschik, dass die Empfehlung über den Haushaltsplan 2021 in drei Abstimmungen herbeigeführt worden sei. Demnach empfehlen die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses einstimmig den Haushaltsplan nebst Stellenplan für das Jahr 2021 sowie in einer zweiten Abstimmung das Investitionsprogramm und die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2024. Der unter Punkt c der Beschlussvorlage aufgeführten Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 wurde in einer dritten Abstimmung mehrheitlich zugestimmt.

Der Bau- und Verkehrsausschuss, so Ausschussvorsitzender Dr. Kunz, empfehle den Haushaltsplan 2021 in allen für ihn relevanten Teilen und habe diesem einstimmig zugestimmt.

Der Ausschuss für Soziales, Jugend, Sport und Kultur, so Ausschussvorsitzende H. Mony, habe die ihn betreffenden Punkte beraten und empfehle einstimmig den Haushaltsplan für das Jahr 2021.

Für den Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft informiert Ausschussvorsitzender Etzel, dass die Mitglieder die betreffenden Punkte beraten haben und die Annahme des Haushaltsplanes 2021 einstimmig empfehlen.

Stellungnahme der Ortsbeiräte:

Der Ortsbeirat Wehrheim, so Ortsvorsteher Velte, habe vorliegendem Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2021 mehrheitlich zugestimmt.

Für den Ortsbeirat Obernhain informiert Ortsvorsteher Baum, dass die Mitglieder dem Haushaltsplan 2021 einstimmig zugestimmt haben.

Der Ortsbeirat Pfaffenwiesbach, so Ortsvorsteher S. Sommer, habe vorliegendem Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2021 einstimmig seine Zustimmung erteilt.

Stellungnahme der Fraktionen:

In seiner Rede zum Haushaltsplanentwurf 2021 macht GV Matyschik deutlich, dass durch die Corona-Pandemie nicht vorhersehbar sei, wie sich die konjunktursensiblen Einnahmen aus der Gewerbesteuer und der Gebühren entwickeln werden. Aufgrund dieser Unsicherheit könne man auf wirklich große Investitionen, mit Ausnahme der Sporthalle sowie der Umstellung der Straßenbeleuchtung, nicht blicken. Für das Haushaltsjahr müsse man mit einem Defizit von knapp 1,1 Mio. EURO rechnen, und ob eine Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde erfolge, könne noch nicht gesagt werden. Das Projekt der Sporthalle, welches dieses Jahr in Betrieb genommen werden könne, umfasse auch einen sicheren Fuß- und Radweg. Für die Fraktion der CDU, so GV Matyschik, spiele es keine Rolle, ob eine Ampel- oder Insellösung gefunden werde. Die Lösung müsse sicher und finanzierbar sein. Andere Projekte, wie die Sanierung des historischen Rathauses und die überfällige Renovierung der Trauerhalle auf dem Wehrheimer Friedhof, könne man mit vorliegendem Haushalt umsetzen. Auch der Vorschlag seiner Fraktion, im Freibad Schließfächer zu installieren, habe in den Beratungen Zustimmung gefunden. Zwei größere Investitionen wurden im Finanzplan aufgenommen. Dabei handelte es sich um den Bau eines neuen Feuerwehrgerätehauses sowie eines neuen Bauhofes. Die Umsetzung beider Investitionsmaßnahmen sei zunächst ab dem Jahr 2023 vorgesehen. Die SPD und die FDP, so GV Matyschik, haben die grundsätzliche Ausrichtung des Haushaltes mitgetragen. Gerne hätte man eine Senkung der Grundsteuer B, wie von der FDP formuliert, mitgetragen. Doch schon der bestehende Haushalt leide unter einem Fehlbetrag, der in den Folgejahren wieder ausgeglichen werden müsse. Mit den Hebesätzen liege die Gemeinde Wehrheim deutlich unter dem Landesdurchschnitt, was mit gewissen Nachteilen einhergehe. GV Matyschik kritisiert die Fraktion Bds90/Die Grünen, die mit einem ganzen Forderungskatalog an Maßnahmen in die Haushaltsberatungen gegangen sei und somit die wirtschaftliche Lage nicht berücksichtigten. Zukunftsorientiert, so GV Matyschik, sei die im Haushalt ausgewiesene Stelle eines hauptamtlichen Gerätewartes für die freiwillige Feuerwehr. Die Fraktion der CDU befürworte die weitere Digitalisierung sowie die eingeschlagene Vorgehensweise, dies gemeinsam mit einigen anderen Kommunen umzusetzen. Die Fraktion der CDU, so GV Matyschik, stehe nicht nur zum Ausbau der S-Bahn, sondern auch zu den damit verbundenen Maßnahmen von P+R – Anlagen sowie zur Anbindung von Fuß- und Radwegen. Mit Blick auf den demographischen Wandel sei nicht nur ein Alten- und Seniorenheim für Wehrheim erforderlich. Dies gelte auch für bezahlbaren Wohnraum für junge Familien in Wehrheim sowie in allen Ortsteilen. Gerne hätte man das Wohngebiet „Am Mühlberg“ entwickelt und in diesem Zusammenhang appelliere man, so GV Matyschik, das Ziel eines vergleichbaren Projekts für bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Gemeinde Wehrheim müsse wieder dazu kommen, aus dem Verkauf von Grundstücken ihre besondere

Infrastruktur zu finanzieren, denn dies könne nicht allein über Kredite erfolgen. Abschließend bittet GV Matyschik auch die anderen Fraktionen, vorliegenden Haushaltsplan 2021 mitzutragen.

In seiner Haushaltsrede für die Fraktion der SPD informiert GV Leist, dass der zur Beschlussfassung vorliegende Haushalt 2021 als Corona-Haushalt mit vielen finanzpolitischen Unbekannten zu verstehen sei. Er verweist darauf, dass das Thema Bahnhofstraße bereits 1997 Inhalt seiner ersten Haushaltsrede gewesen sei. Vorliegender Haushalt 2021 werde erst im März des lfd. Jahres beschlossen und von einer Handlungsunfähigkeit sei man weit entfernt. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die mögliche Auswirkung der Klage gegen die unsägliche Abundanzumlage, die für Mitte Januar 2019 terminiert war, und auf die seine Fraktion mit der Entscheidung über den Haushalt 2019 gerne gewartet hätte. Das seitens der CDU verwendete Argument der Handlungsunfähigkeit sei nicht stimmig gewesen und sollte nicht beliebig benutzt werden. Zusammengerechnet habe die Gemeinde Wehrheim seit 2018 rd. 2,1 Mio € an Solidaritätsumlage gezahlt. Aus dem kommunalen Finanzausgleich sehe man keinen Euro. Der zu beschließende Haushalt weise eine geplante Kreditaufnahme in Höhe von rd. 1,25 Mio. € aus. Auch hier kritisiert GV Leist die Fraktion der CDU, die in den früheren Jahren eine Kreditaufnahme fast als unmoralische Finanzierung gesehen habe. Fakt sei, so GV Leist, dass eine Kreditaufnahme eine gesetzeskonforme Finanzierungsmöglichkeit darstellt, denn ansonsten hätte man niemals die Wehrheimer Mitte finanzieren können. Die Fraktion der SPD stimme den unveränderten Steuerhebesätzen trotz des geplanten Defizits von fast 1,1 Mio. Euro ohne Vorbehalt zu. Eine Steuersenkung, wie von der Fraktion der FDP gefordert, sei unehrlich. Man befürchte ohnehin, dass die Hess. Landesregierung im kommenden Jahr 2022, d.h. nach den Kommunal- und Bundestagswahlen, die Genehmigungszügel der Aufsichtsbehörden zulasten der Kommunen und damit zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger wieder anziehen wird. Der Haushalt 2021 trage auch, so GV Leist, eine sozialdemokratische Handschrift. So sei hier die Zukunft des Bauhofes zu erwähnen, um vernünftige Arbeitsbedingungen für das Personal zu schaffen und die sich in der Folge bietende Möglichkeit einer innerörtlichen Wohnbebauung für bezahlbaren Wohnraum zu verwenden. Die Zukunft der Feuerwehr zur Sicherung der Einsatzfähigkeit und vernünftiger Einsatzbedingungen werde von der SPD gefordert und führte zu einer Erhöhung des Haushaltsansatzes in der mittelfristigen Finanzplanung. Weitere Beispiele für Forderungen der SPD seien die Verbesserung der Arbeitssicherheit, die Anerkennung der Wehrheimer Musikschule in Coronazeiten, die Umsetzung der Starkregenanalyse sowie der ökologische Waldumbau.

Die SPD hofft, dass der Windpark am Winterstein gemeinsam mit den Nachbarkommunen entsteht, auch um finanziell als Gemeinde Einnahmen zu erzielen. Hier seien einigen Nachbarkommunen (Weilrod und Grävenwiesbach) deutlich weiter. GV Leist betont, dass man die Stellenneuschaffung für die Einstellung eines Feuerwehrgerätewartes mittrage, jedoch nicht nachvollzogen werden könne, warum eine Feuerwehrentwicklungskommission genau für ein solches Thema nicht einberufen wird.

Für die Fraktion Bds90/Die Grünen weist GV Schweizer die an seine Fraktion gerichtete Kritik zurück. Die seitens der CDU zitierten Anträge seien in die Zukunft Wehrheims gerichtete Anträge. Beherzte Investitionen zur Krisenbewältigung und in Zukunftschancen sowie solides Haushalten gehörten, zusammen, so GV Schweizer.

Die Fraktion Bds90/Die Grünen hätten sich eine Grundsteuerfestschreibung bis zum Jahr 2025 gewünscht, um finanzielle Planungssicherheit für die Bürger*innen zu erhalten. Er kritisiert, dass die von CDU und FDP einmal erhöhten Steuern nicht wieder zurückgenommen werden. Die Fraktion Bds90/Die Grünen habe in den Haushaltsberatungen ein Zisternenprogramm zur Unterstützung der Wasserversorgung beantragt. Bedingt durch den Klimawandel müsse die Gemeinde Wehrheim Maßnahmen zur Trinkwassereinsparung ergreifen, um den Schutz und ein Schonen der Wasserbevorratung

zu ermöglichen. Die Förderung von Photovoltaikanlagen, das 500-Dächer –Programm, habe seine Fraktion, so GV Schweizer, vorgeschlagen. Es soll eine Erhöhung der Eigenversorgung erwirken und leiste einen Beitrag zur Entlastung des Verteilungsnetzes. Die Planung eines neuen Kindergartens sei zwar im Investitionsprogramm enthalten, doch es werde kein Anbau, sondern ein zusätzlicher Kindergarten benötigt. Der soll aber nach Meinung seiner Fraktion eigenständig sein. Darüber hinaus benötige man E-Tankstellen in den Ortsteilen. Bds90 /Die Grünen haben einen Energieberatungskostenzuschuss vorgeschlagen. Der Klimawandel gebe vor, dass im Wohnungsbau auf Energieeffizienz geachtet werden müsse. Um hier einen Anreiz zu geben, sollte die Gemeinde über die Förderprogramme des Bundes hinaus entsprechende Anreize schaffen. Planungskosten für ein Bauen im Bestand hätte die Fraktion Bds90/Die Grünen gerne im Haushalt gesehen, denn in der Gemeinde Wehrheim bestehe ein akuter Mangel an bezahlbarem Wohnraum. In der Gemeinde gebe es derzeit auch unbebaute Flächen im Bestand. Eigentümer ungenutzter Grundstücke innerorts müssten überzeugt werden, dass sich Bauen dort lohne. Bds 90/Die Grünen wünschen sich mehr Tempo bei der Infrastruktur, endlich die Realisierung der S-Bahn inkl. besserer Anbindung der Ortsteile. Man möchte eine echte Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung der Gemeinde vorantreiben, mehr innovative Konzepte in den Bereichen Ökostrom, Biogas, Fernwärme und deren Realisierung, so GV Schweizer. Zum Schluss weise er auf die Wirtschaftsförderung hin. Dies gehöre zur Aufgabe des Bürgermeisters und es müsse verhindert werden, dass Unternehmen abwandern. Die Fraktion Bds90/Die Grünen, so GV Schweizer, stellt ihre Parteiinteressen hinter das Gemeinwohl zurück und werde trotz der aufgezeigten Mängel und trotz Fehlens echter Zukunftsperspektiven vorliegendem Haushalt im Sinne eines Nothaushaltes zustimmen. Allerdings werde man die fehlenden Punkte nach Beendigung der Notsituation schnellstens einfordern.

Der Vorteil der späten Diskussion um den Haushaltsplan 2021, so GV Schumann für die Fraktion der FDP, sei der bereits vorhandene Jahresabschluss 2020. Der Verlauf des Jahres 2020 konnte so nicht erwartet werden. Obwohl es für die Bürgerinnen und Bürger, die Gastronomie, die Selbständigen und Gewerbetreibenden ein sehr hartes Jahr gewesen war, habe die Gemeinde profitiert und 2 Mio. € mehr Steuern erhalten. GV Schumann erinnert, dass die FDP zusammen mit der CDU den Haushalt 2019 verabschiedet habe. Seinerzeit habe man einer temporären Erhöhung der Steuersätze zugestimmt. Der FDP wurde seinerzeit zugesichert, dass die Erhöhung nach der Krise zurückgenommen werde, dass ein Wirtschaftsförderungskonzept aufgelegt werde und dass die Gemeinde einen Prozess der Verwaltungsoptimierung beginne, um die stetig wachsenden Personalkosten einzudämmen. Auf die Umsetzung der Versprechungen, so GV Schumann, warte man heute noch. Für 2021 habe man nun über einen Haushalt zu befinden, der ein Defizit von rd. 1 Mio. EURO im Verwaltungsergebnis ausweise. Die FDP habe sich beim Kreis für die Senkung der Umlagen eingesetzt und aus diesem Grund vorgeschlagen, den Messbetrag zur Errechnung der Gewerbesteuer von 357 auf 350 Prozent zu senken. Die FDP vertrete die Ansicht, so GV Schumann, dass der Haushalt dann immer noch genehmigungsfähig sei. Man werde nur einer Haushaltssatzung zustimmen, die klare Zeichen setze, dass die Gemeinde solidarisch hinter ihren Leistungsträgern stehe.

Der diesjährige Investitionsplan sei nicht sehr ambitioniert. Der Finanzplan enthalte den Bau eines neuen Kindergartens, eines neuen Bauhofes und eines neuen Feuerwehrgerätehauses. GV Schumann bemängelt, dass keine neuen Baugebiete im lfd. Jahr entwickelt werden. Man könne über die Ausweisung neuer Baugebiete geteilter Meinung sein, doch die Investitionen in die Infrastruktur könne man sich nur leisten, wenn man über die Entwicklung neuer Baugebiete Einnahmen erziele. Die FDP werde dem Investitionsplan und dem mittelfristigen Finanzplanung im Vertrauen darauf zustimmen, dass die Gemeinde möglichst bald mit der Planung neuer Wohnbau- und Gewerbeflächen beginne.

Der Stellenplan 2021 weise einen erhöhten Personalbestand aus. So möchte man einen neuen Feuerwehrgerätewart einstellen. Im Bereich der Kindertagesstätte und der Betreuten Grundschule habe man lt. Stellenplan ca. 60 Mitarbeiter*innen eingepplant. Tatsächlich waren

Mitte 2020, so GV Schumann, jedoch nur 53 Stellen besetzt. Außerhalb der sozialen Erziehungsdienste erledigen 51 Mitarbeiter die Arbeit von 62 Stellen. Die FDP werde den Haushaltsplan nebst Stellenplan 2021 in der Erwartung zustimmen, dass Wirtschaftsförderung, Verwaltungsoptimierung und die Dorfmoderation in diesem Jahr weitergeführt werden.

Abstimmung:

Die Gemeindevertretung beschließt einschließlich vorliegender Änderungen in getrennten Abstimmungen

- a) den Haushaltsplan nebst Stellenplan für das Jahr 2021 sowie
- b) das Investitionsprogramm und die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2024 jeweils einstimmig und abschließend
- c) die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 mit 26 Fürstimmen und 4 Gegenstimmen .

Nach Abschluss der Beratungen übernimmt Vorsitzender Hammen die Verabschiedung von Frau Katrin Stracke, Herrn Werner Rosner, Herrn Gerhard Terlitzki und Herrn Kuno Leist, die für kommende Wahlperiode im Rahmen der Kommunalwahl 2021 nicht mehr kandidieren. Vorsitzender Hammen bedankt sich bei den Genannten sehr herzlich und wünscht Ihnen für die Zukunft Gesundheit und alles Gute.

Hammen,
Vorsitzender

Matyschik,
GV

Schweizer,
GV

Minet,
Schriftführer